

PRESSEMITTEILUNG #211 – 08. Oktober 2019

Martin Habersaat:

Wir brauchen mehr politische Bildung und nicht weniger

Zur Diskussion um WiPo als Pflichtfach an den Schulen in Schleswig-Holstein erklärt der stv. Vorsitzende und bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Martin Habersaat:

„Die Welt ist im Wandel. Schülerinnen und Schüler haben das Bedürfnis, sich mit der Suche nach Antworten auf Rechtsextremismus, Klimawandel und Digitalisierung zu beschäftigen. Es muss in der Schule reflektiert werden, wie die Demokratie und ihre Institutionen auf solche und andere Herausforderungen reagieren, und die Schule muss vermitteln, wie unsere Demokratie funktioniert und warum ein guter Kompromiss unterschiedliche Argumente voraussetzt. Wer eines Tages Verantwortung für sich und andere übernehmen soll, braucht mehr politische Bildung und nicht weniger. Vielleicht sollten wir über eine Umbenennung des Faches in Politik und Wirtschaft sprechen.

WiPo-Unterricht kann im Rahmen der Kontingenzstundentafel in der Mittelstufe nahezu völlig umgangen werden. Nach den Plänen der Landesregierung zur neuen Oberstufenverordnung, die ohnehin eine Verordnung der verpassten Chancen ist, wäre ein Abitur in Schleswig-Holstein denkbar, bei dem nur in der 11. Klasse zwei Wochenstunden WiPo besucht wurden. Das sollte so nicht sein dürfen. Wir müssen uns dringend über mehr WiPo unterhalten, nicht über weniger! Das gilt auch für unsere Gemeinschaftsschulen, an denen weniger WiPo-Unterricht gegeben wird als an den Gymnasien (vgl. die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung „Wer hat, dem wird gegeben“). Deshalb braucht es verpflichtende Wipo-Inhalte ab Klasse fünf und mehr Wipo-Pflichtstunden ab Klasse sieben.

Es war erschreckend, dass Ende letzten Jahres eine Studie der Bertelsmann-Stiftung ergab: Demokratiebildung ist für Lehrkräfte in Deutschland eher von mittlerer Bedeutung. Lediglich 16 Prozent der Befragten hatten sich im Lehramtsstudium mit politischer Bildung und Demokratievermittlung intensiv auseinandergesetzt. Im Ranking „Politische Bildung 2018“ der Universität Bielefeld zeigte sich, dass politische Bildung in den Schulen schwächer vertreten ist als beispielsweise Geschichte und Geografie. Schleswig-Holstein nimmt in diesem Ranking eine vordere Position ein. Diese hat Frau Prien von ihren Vorgängerinnen geerbt. Wir wünschen uns, dass sie diese Position ausbaut und nicht gefährdet - erst recht nicht im von ihr selbst ausgerufenen „Jahr der politischen Bildung“.